

die zumeist in ungelernten und Handwerksberufen tätigen Polen ausgesetzt sahen. Anders als in den preußischen Ostprovinzen blieb in Berlin die enge Verbundenheit von Katholizismus und polnischem Nationalismus weitgehend ein ideelles Konstrukt. Ein separates gesellschaftliches Leben und die Etablierung eines eigenen Wirtschaftskreislaufs scheiterten an der fehlenden Attraktivität entsprechender Organisationen im Vergleich zu sozialdemokratischen und deutsch-katholischen Vereinen. Erleichtert wurde die Assimilation durch das Siedlungsverhalten der polnischen Zuwanderer, die keine in sich geschlossenen Wohnviertel aufbauten, sondern sich vielmehr an der sozialen Siedlungsstruktur der einheimischen Bevölkerung orientierten. Die antipolnische Propaganda in der deutsch-nationalen Presse veranlaßte zahlreiche Polen – insbesondere Arbeiter und Handwerker – dazu, ihre Herkunft zu verschleiern. Mit Abgrenzung und Radikalisierung reagierten lediglich die häufig zur *inteligencja* zu zählenden nationalbewußten Vertreter der *community*. Angesichts dessen erscheint es dann allerdings diskussionswürdig, alle im Verlauf des 19. Jh.s nach Berlin zugewanderten Polen unter dem Begriff der „Kolonie“ zusammenzufassen, wie in mehreren Kapitelüberschriften geschehen. Der Vf. weist schließlich selbst darauf hin, daß sich der Begriff „Kolonie“ im Vergleich zum Begriff „community“ „stärker über eine konkrete topographische, soziale und räumliche Anordnung der Migranten in von ihnen besiedelten Wohnvierteln definiert“ (S. 43). Es stellt sich die Frage, ab welcher Aufenthaltsdauer und bei welchen sozialen Indikatoren es gerechtfertigt sein könnte, polnischstämmige Zuwanderer – und deren Nachkommen – nicht mehr ohne weiteres der polnischen Kolonie zuzurechnen. Vielleicht hätte der Vf. der auf Grundlage seiner Quellen diese von den seit längerer Zeit in Berlin lebenden und bereits assimilierten polnischstämmigen Zuwanderern eindeutiger abgrenzen können.

Ein knapper Exkurs, der anhand mehrerer Schaubilder die Situation der polnischen Zuwanderer im Ruhrgebiet mit denen in Berlin vergleicht, faßt die Besonderheiten der untersuchten Migrantengruppe anschaulich zusammen. Im Anhang finden sich Tabellen mit statistischem Material zum Siedlungsverhalten und zur Berufsstruktur der Berliner Polen.

Marburg/Lahn

Christoph Schröder

* Diese Rezension erschien auch in: sehepunkte (www.sehepunkte.de).

Stephan Posta: Tschechische „Fremdarbeiter“ in der nationalsozialistischen Kriegswirtschaft. (Berichte und Studien, Bd. 37.) Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung. Dresden 2002. 160 S. (€ 6,-.)

Diese aus einer Magisterarbeit hervorgegangene Studie behandelt unter Verwendung von Quellenpublikationen sowie der einschlägigen Spezialliteratur ein Thema, das bisher in der tschechischen wie in der deutschen Forschung noch nicht in angemessener Weise bearbeitet worden ist. Nach einem Überblick über „Vorgeschichte und Voraussetzungen des Einsatzes tschechischer ‚Fremdarbeiter‘ in der nationalsozialistischen Kriegswirtschaft“, in dem die Grundlagen der ‚Fremdarbeiter‘-Politik des NS-Staates vor Beginn der gewaltsamen Expansionspolitik sowie die Spezifika der Beschäftigung tschechoslowakischer Arbeitskräfte in Deutschland und somit die Ausgangsbedingungen der späteren massenhaften Verwendung tschechischer Arbeitskräfte in der deutschen Kriegswirtschaft analysiert werden, behandelt der Hauptteil der Studie – getrennt für die Zeiträume 1939-1941 und 1941/42-1945 – Grundzüge und Konzepte der NS-Besatzungspolitik im Protektorat, die dortige Rekrutierungspraxis für den tschechischen ‚Arbeitseinsatz‘ im Reich sowie den Zusammenhang zwischen ‚Arbeitseinsatz‘ und ‚Germanisierungs‘konzepten. Diese zeitliche Unterteilung ist sinnvoll, da der Amtsantritt Heydrichs in Prag in der Tat einen Wendepunkt der NS-Protektoratspolitik markierte und zudem ab Anfang 1942 die NS-‚Fremdarbeiter‘politik aufgrund der gewandelten Kriegslage erheblich modifiziert wurde. Die vergleichende Perspektive, die durch die Einbeziehung von Politik und Praxis

des ‚Ausländereinsatzes‘ insgesamt im NS-Staat eingenommen wird, ermöglicht zudem Einblicke in die Spezifika des tschechischen ‚Arbeitseinsatzes‘. Da die NS-Protectoratspolitik im Zeitraum 1939-1941/42 bisher in der Forschung wesentlich mehr Aufmerksamkeit gefunden hat als im Zeitraum 1942-1945 und hier die (publizierte) Quellenbasis erheblich geringer ist, fällt die Behandlung der zweiten Periode gegenüber der ersten zwangsläufig etwas ab. Die Resultate für den zweiten Zeitabschnitt sind teilweise als, wenn auch oft plausible, Mutmaßungen anzusprechen. Hier wären durch Archivstudien noch einige Fragen zu klären.

So führt die ausgesprochen magere Quellenlage für den Zeitraum 1942-1945, im Vergleich von ‚Germanisierungs‘konzept und Praxis des tschechischen ‚Arbeitseinsatzes‘ im Reich sowie in der Schlußbetrachtung zu einigen irrigen Einschätzungen. So wurden etwa für das Reich bestimmte tschechische Arbeitskräfte im Gegensatz zur Ansicht des Vf. (S. 79, 100) sehr wohl in großem Umfang und bis in die letzten Kriegsmonate einer ‚rassischen Selektion‘ unterzogen, wie aus den Monatsberichten des SS-Rasse- und Siedlungsführers Böhmen-Mähren an den Deutschen Staatsminister für Böhmen und Mähren hervorgeht, in denen in der Sparte „Wiedereindeutschungsverfahren“ regelmäßig „alle Verfahren im Rahmen der Arbeitsvermittlung im Altreich“ subsumiert wurden. Den realen Zusammenhang zwischen ‚Germanisierung‘ und ‚Arbeitseinsatz‘ belegt ferner die durch das Rasse- und Siedlungshauptamt der SS vorgenommene ‚Begutachtung‘ spezifischer Berufsklassen, die „für den Arbeitseinsatz im Altreich vorgesehen“ waren; so wurden etwa zwischen Juni und Dezember 1943 397 tschechische Ärzte, 109 Forstbedienstete und 155 Gewerbeschüler ‚begutachtet‘. Und entgegen der Annahme, es habe „zum Glück für die Tschechen keine ‚Tschechen-Erlasse‘“ (S. 145) gegeben, erarbeiteten die NSDAP-Parteikanzlei, die Behörde des Reichsprotectors, das Reichsinnenministerium und weitere Stellen im Jahr 1943 „Grundsätze über die Behandlung der im Reich tätigen Protectoratsangehörigen“, um eine einheitliche Vorgehensweise der involvierten Staatsbehörden und Parteistellen zu erreichen. Hierbei sollte die relative Besserstellung tschechischer ‚Fremdarbeiter‘ deren ‚Germanisierung‘ erleichtern. Die konkrete Behandlung tschechischer Arbeiter im Reich wäre ohnehin noch eingehender zu erforschen.

Die Studie weist in ihren Fragestellungen und Thesen insgesamt ein beachtliches Niveau auf und trägt dazu bei, eine bisher bestehende Forschungslücke ansatzweise zu schließen, der Untersuchungsgegenstand würde jedoch eine umfassendere Bearbeitung unter Auswertung der einschlägigen Archivbestände lohnen.

Bonn

René Küpper

Bernadetta Nitschke: Vertreibung und Aussiedlung der deutschen Bevölkerung aus Polen 1945-1949. (Schriften des Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, Bd. 20.) Aus dem Polnischen übersetzt von Stephan Niedermeyer. R. Oldenbourg Verlag. München 2003. 392 S. (€ 34,80.)

Das Thema der Vertreibung der Deutschen aus Polen hat in jüngster Zeit durch die international geführte Debatte um das geplante „Zentrum gegen Vertreibungen“ erneut große publizistische Aufmerksamkeit erfahren. Das Buch von Bernadetta Nitschke ist das Ergebnis langjähriger Archivrecherchen und belegt, daß dieses Thema in Polen bereits lange vor der aufgeregten Debatte im Fokus der Forschung stand. Zugleich allerdings zeigen schon der Titel der deutschen Ausgabe sowie die Titel der beiden polnischen Veröffentlichungen, auf denen diese fußt, daß auch langjährige Forschungspraxis und die gute Kooperation von deutschen und polnischen Wissenschaftlern im Bereich dieser Problematik sich weiterhin in dem schwierigen Umfeld unterschiedlicher Erinnerungskulturen bewegen bzw. von diesen nicht unbeeinflusst bleiben: Hieß die erste Ausgabe der Studie in Polen 1999 noch lakonisch „Die Aussiedlung der deutschen Bevölkerung aus Polen in den Jahren 1945-1949“, so fragte die Neuauflage von 2001 bereits nach „Aussiedlung oder